

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/72

Bonn, den 17. April 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Verständigung mit Polen</u> Vor schwierigen Verhandlungen - Zur dritten Duckwitz-Reise nach Warschau	74
3	<u>Ermüdende Einfallslosigkeit</u> Vergebliche Anbiederungsversuche der DKP	28
4 - 5	<u>Die Mieten sollen tragbar sein</u> Neue Reform des Wohnungsgesetzes - Leicht verständliche Regelungen	62
6	<u>Vor Konsultationen in Madrid</u> Spaniens Anschluß an Europa steht zur Debatte Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid	25

Verständigung mit Polen

Vor schwierigen Verhandlungen - Zur dritten Duckwitz-Reise nach Warschau

ler - In der ersten Regierungserklärung der Großen Koalition vom Dezember 1966 betonte der damalige Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger den lebhaften Wunsch des deutschen Volkes nach einer Aussöhnung mit Polen. Er fügte hinzu, das deutsche Volk habe Polens leidvolle Geschichte nicht vergessen. Das Verlangen der Polen, endlich in einem Staatsgebiet mit gesicherten Grenzen zu leben, würden wir im Hinblick auf das gegenwärtige Schicksal unserer eigenen, geteilten Volkes besser als in früheren Zeiten begreifen.

Diese Worte gaben die Empfindungen einer übergroßen Mehrheit unseres Volkes wieder. Die Regierung Brandt/Scheel zieht nun die Konsequenzen, zu denen Kiesinger sich leider nicht entschließen konnte. Die Bundesrepublik steht in direkten Verhandlungen mit Warschau. Staatssekretär Duckwitz fährt nächste Woche zum drittenmal in die polnische Hauptstadt, um an einer Aufgabe mitzuwirken, deren Lösung unerlässlich ist für eine gesicherte europäische Friedensordnung.

Der Aussöhnung mit Polen kommt der gleiche geschichtliche Rang zu wie der Aussöhnung mit Frankreich. Zwischen Frankreich und der Bundesrepublik gibt es in manchen Fragen Meinungs- und Auffassungsunterschiede, wie sie auch unter besten Freunden gelegentlich anzutreffen sind. Doch sie berühren nicht das Fundament der deutsch-französischen Freundschaft. Dieses Fundament steht, und es bleibt gesichert durch die gemeinsame Arbeit beider Völker am Bau Europas.

Die Verhandlungen mit Polen sind ungleich schwieriger, als die einstigen Verhandlungen mit Frankreich es waren. Nach Gründen dafür braucht man nicht lange zu suchen. Sie liegen in den Schreckenstaten des Dritten Reiches. Die Massenvernichtungslager von Treblinka und Auschwitz sind deren schauerlichen Symbole - sie erinnern daran, was ein Volk dem anderen zufügen kann, wenn es unter eine an keine sitt-

lichen Schranken gebundene Diktatur gerät. Das widerfuhr unserem Volk. Es muß und mußte dafür bitter büßen.

Heute, 25 Jahre nach Kriegsende, ist es an der Zeit, die Kluft, die zwischen Deutschen und Polen liegt, zu überwinden. Polens Wunsch, in gesicherten Grenzen zu leben, und die deutsche Bereitschaft, ihm dabei zu helfen, bewegen sich nicht mehr im Raum des Deklamatorischen. Die Regierung Brandt/Scheel versucht, beides in politische Wirklichkeit umzusetzen. Darin liegt das Gewicht und die umfassende Bedeutung des Angebots auf Gewaltverzicht und die damit verbundene Gewährleistung der territorialen Integrität. Das Angebot gilt für alle Staaten des Warschauer Paktes, auch für die DDR. Ziel einer den Frieden sichernden Politik muß es sein, den Völkern und Staaten die Furcht voreinander zu nehmen. Die Politik der Bundesregierung ist diesem Ziel verpflichtet.

Die Verhandlungen mit Warschau sind geleitet von den ernsthaften Bemühungen der Bundesregierung, das Verhältnis zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk zu normalisieren und die Last der Vergangenheit abzutragen. Das verlangt von beiden Seiten Bereitschaft zur Verständigung.

Ein weiter Weg liegt noch vor uns. Ihn zu beschreiten, erfordert Mut und Ausdauer. Den Mut hat die Regierung Brandt/Scheel bewiesen, an Ausdauer und Zähigkeit fehlt es ihr nicht und sie findet Rückhalt bei der großen Mehrheit unseres Volkes und vor allem bei unserer Jugend, der Nationalismus fremd ist.

Hoffentlich widerstehen die C-Parteien der Versuchung, aus den Verhandlungen mit Polen ein innenpolitisches Schlaginstrument zu machen. Es wäre gut, würde Rainer Barzel, der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, vor der deutschen Öffentlichkeit, oder, wenn er das nicht für opportun hält, vor dem dafür zuständigen Bundestagsausschuß endlich einmal das Ausmaß der schmerzlichen Opfer umreißen, das die Unionsparteien nach seinen wie nach Adenauers früheren Beteuerungen hinnehmen würden, um die Verständigung mit Polen zu erreichen. Zwischen verbalen Bekundungen und einer von wahltaktischen Rücksichten bestimmten Haltung klaffen Unterschiede. Die Grußadressen der C-Parteien und die Ansprachen ihrer Sprecher bei den Pfingsttreffen der Vertriebenen dürften darüber erneut Aufschluß geben.

Ermüdende Einfallslosigkeit

Vergebliche Anbiederungsversuche der DKP

sp - Kaum wurde der DKP in Franken eine Abfuhr durch die SPD des Frankenlandes zuteil, hat sich der DKP-Landesausschuß von Nordrhein-Westfalen mit einem Appell an die bevorstehende Landeskonzferenz der SPD dieses Landes gewandt.

Völkerrechtliche Anerkennung der DDR, Aufhebung des KPD-Verbotes und Aktionsgemeinschaft mit der DKP werden darin als Voraussetzungen dafür genannt, daß die von der Regierung Brandt eingeleitete Friedenspolitik glaubhaft werde.

Mit ermüdender Einfallslosigkeit betet die "Deutsche Kommunistische Partei" die Litaneien des SED-Chefs Walter Ulbricht her. Der einzige Unterschied: Während Ost-Berlin wieder einmal dabei ist, den "Sozialdemokratismus" auf jede Weise zu verteufeln, tönt aus dem Essener Hauptquartier der DKP-Ruf: "Macht Schluß mit dem Antikommunismus!"

Die Landeskonzferenz der SPD wird von solchem Geschrei unberührt bleiben. Die SPD beweist soeben vor aller Welt, daß noch längst nicht dem Kommunismus verfällt, wer den Frieden auch ihm gegenüber und sogar mit Kommunisten zusammen sichern will.

Der "Antikommunismus" von der Art, die einst Thomas Mann als die "Torheit unserer Epoche" bezeichnet hat, wird in der Bundesrepublik mehr und mehr abgebaut. Das heißt aber nicht, daß man die unverwischbaren Gegensätze zwischen denen, die soeben noch die Okkupation der CSSR und die Unterdrückung der tschechoslowakischen Gewerkschaften billigten, und den anderen vergißt, die "mehr Demokratie" wagen wollen.

Die Antwort auf den DKP-Appell nach einer Aktionsgemeinschaft mit den Sozialdemokraten kann nur lauten: Wer auf die DKP hören würde, könnte allenfalls die Politik gefährden, die auf die Sicherung des Friedens und auf friedliche Reformen abzielt.

+ + +

Die Mieten sollen tragbar sein

Neue Reform des Wohngeldgesetzes - Leicht verständliche Regelungen

Her. - Der Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen, Dr. Lauritzen, will noch in diesem Monat ein zweites Wohngeldgesetz von der Bundesregierung verabschieden lassen und auf den Weg durch Bundestag und Bundesrat schicken. Von 1971 an sollen dann aufgrund dieses Gesetzes verstärkte Leistungen des Bundes und der Länder helfen, zu hohe Mietbelastungen zu vermeiden und den Anspruch auf eine Wohnung zu tragbaren Kosten durchzusetzen.

Die neuen, materiellen Verbesserungen, über welche die Regierung, der Bundestag und der Bundesrat noch beschließen müssen, sind natürlich für den Kreis der Anspruchsberechtigten nach dem Wohngeldgesetz von größter Bedeutung.

Dies darf jedoch nicht dazu führen, einen anderen Gesichtspunkt zu übersehen, der mitentscheidend für die Arbeit am zweiten Wohngeldgesetz war. Es ist eine allgemeine Erscheinung des Wohlfahrtsstaates, daß für den Einzelnen die Ansprüche gegen den Staat nur in komplizierten, unüberschaubaren Bestimmungen geregelt werden. Er selbst steht daher häufig seinen Rechten hilflos gegenüber. Und er kennt sie allzu oft nicht einmal, wie gerade die Erfahrungen mit dem bisherigen Wohngeldgesetz gezeigt haben.

Aber auch wenn der Bürger seinen Anspruch kennt, kann er doch die Höhe der Beträge selten selbst ausrechnen, sondern ist, wie bei den Renten augenfällig wird, auf die Beratung und Hilfe anderer angewiesen.

Dieser von allen bedauerten Entscheidung versucht der Entwurf für ein zweites Wohngeldgesetz entgegenzutreten. Dr. Lauritzen hatte bereits in der vergangenen Legislaturperiode einen Arbeitskreis "Rechtsvereinfachung im Wohnungswesen" eingesetzt und damit gezeigt, welche Bedeutung er derartigen Reformen beimißt.

Vereinfachung und damit Beschleunigung des Verfahrens, Kostensenkung und Transparenz für den Bürger zeichnen daher auch den Entwurf

des zweiten Wohngeldgesetzes aus.

Maßgebend für die endgültige Formulierung der einzelnen Paragraphen waren unter anderem die Erfahrungen von EDV-Fachleuten, die bei der Gesetzeserarbeitung beteiligt wurden. Dabei zeigte sich, daß die Benutzung von EDV-Anlagen nicht zu einer bürgerfremden Verwaltung führen muß. Die Benutzung der EVD-Anlagen setzt vielmehr vereinfachte Sachverhalte voraus, mit stark pauschalierten Berechnungsmethoden, die gleichzeitig für den Bürger übersichtlich sind. In dem vorliegenden Gesetzentwurf beziehen sie sich insbesondere auf die Bezugsgrößen Miete und Einkommen. Es mußten aber auch einige Hemmnisse fallen, die eine allzu mißtrauische Verwaltung vor den Wohngeldanspruch aufgestürmt hatte. Während das geltende Gesetz noch glaubt, den Fiskus vor dem Zugriff des Bürgers schützen zu müssen, hat der Entwurf dieses Mißtrauen weitgehend über Bord geworfen. Statt Mietobergrenzen und zulässiger Wohnflächen als Riegel gegen übermäßige Wohngeldanforderungen kommt der Entwurf zu realistischen Höchstgrenzen für Miete und Belastung, die dem Wohngeldberechtigten innerhalb ihrer Grenzen die Wahlmöglichkeiten über die Größe seiner Wohnung lassen. In Zukunft wird daher der Wohngeldberechtigte nicht mehr große Formulare ausfüllen und auf die Berechnungen des Wohngeldsachbearbeiters warten und vertrauen müssen. Er wird vielmehr als Anhang zum Wohngeldgesetz Tabellen finden, welche die Höhe seines Wohngeldanspruchs auch für ihn verständlich ausweisen.

Er ist daher in Zukunft nicht auf die Hilfe anderer angewiesen, sondern kann bereits bei der Antragstellung sein Wohngeld feststellen und damit auch die Verwaltung wirksamer als bisher kontrollieren.

Dafür, daß auch seine Berechnungen der Höhe nach günstiger für ihn ausfallen als bisher, werden die materiellen Verbesserungen des Gesetzes sorgen, für die alle benötigten Gelder bereits in der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes bereitgestellt worden sind.

+ + +

Vor Konsultationen in Madrid

Spaniens Anschluß an Europa steht zur Debatte

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Zu einem zweitägigen Arbeits- und Konsultationsbesuch wird Bundesaußenminister Walter Scheel am 22. April in Madrid erwartet. Bei den Gesprächen Scheels und seines spanischen Kollegen Gregorio López-Bravo wird der eventuelle Anschluß der Iberischen Halbinsel an das demokratische Europa eine Rolle spielen. Daß Spanier noch eine weite Strecke zurücklegen muß, bevor eine spanische EWG-Vollmitgliedschaft in Reichweite kommt, hat inzwischen sogar das regierungnahe Blatt "Nuevo Diario" in Madrid erkannt. Es forderte innenpolitische Konsequenzen aus dem Europa-Kurs des Madrider Kabinetts.

Auch spanische Oppositionspolitiker wollen sich um eine Unterredung mit dem Bundesaußenminister bemühen. Ließe sie es dazu kommen, dann würde sich die Madrider Regierung ein gutes Zeugnis ausstellen.

Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Bonn und Madrid sollen gleichfalls erörtert werden. Spanien wünscht außer deutscher Unterstützung bei seinen EWG-Bemühungen auch mehr deutsche Investitionen und Kredithilfen, vor allem für wichtige Bewässerungsvorhaben wie das Tajo-Segura-Projekt, das weite, öde Landstriche Südostspaniens in fruchtbares Ackerland verwandeln soll. Das spanische Interesse am deutschen "Leopard"-Panzer dürfte ebenfalls gestreift werden. Schließlich haben die Spanier Interesse an den ostpolitischen Erfahrungen der Bundesrepublik, da Madrid ebenfalls sein Verhältnis zum europäischen Osten schrittweise normalisieren möchte, ohne doch die engen Bindungen an Europa und den Westen zu lockern.